

# Indien im Überblick

## zusammengestellt von Thomas Bärthlein

### Shah Rukh Khan bezieht Stellung

Bollywood-Star Shah Rukh Khan hat zu spüren bekommen, wie sensibel viele in Indien nach wie vor auf pro-pakistanische Äußerungen reagieren, besonders wenn sie von indischen Muslimen kommen. Die hindu-nationalistische Partei *Shiv Sena* rief zum Boykott von Khans neuem Film *My Name is Khan* auf, nachdem der Schauspieler öffentlich gesagt hatte, pakistanische Cricket-Spieler sollten in der *Indian Premier League* (IPL) spielen. Bei der Spieler-Auktion für die dritte Saison des weltweit lukrativsten Cricket-Tourniers in diesem Frühjahr war kein einziger pakistanischer Spieler von den Teams gekauft worden, was in Pakistan (immerhin der amtierende Weltmeister in der *Twenty20*-Variante des Crickets, die auch in der IPL gespielt wird) als Provokation und Demütigung empfunden wurde. Sogar pakistanische Minister und Parlamentarier protestierten vehement dagegen. Im indischen Fernsehen enthüllte Shah Rukh Khan, der selber eines der IPL-Teams besitzt, daraufhin, dass die indischen Behörden den Team-Besitzern signalisiert hatten, sie könnten für die Sicherheit pakistanischer Spieler nicht garantieren. Er bezeichnete Pakistan auch ausdrücklich als „großartigen Nachbarn“. Die *Shiv Sena* drohte daraufhin damit, den Filmstart von Karan Johars *My Name is Khan* mit Shah Rukh Khan in der Hauptrolle Mitte Februar zu verhindern und attackierte Kinos, die ihn zeigen wollten. Letzten Endes kam der Film aber dennoch in die Kinos. Bei der Europa-Premiere von *My Name is Khan* auf der Berlinale, die zeitgleich mit dem Filmstart in Indien stattfand, wurde Khan, der mit Regisseur Karan Johar und Hauptdarstellerin Kajol anwesend war, von Hunderten seiner deutschen Fans begeistert gefeiert. In Deutschland kommt der Film, der die Schwierigkeiten von Muslimen in den USA nach dem 11. September zum Thema hat, erst Anfang Mai in die Kinos.

### Neuer Bundesstaat Telangana?

Mit ihrer Ankündigung Anfang Dezember, den Prozess der Schaffung eines neuen Unionsstaates Telangana einzuleiten, hat die indische Regierung eine neue Runde im Kampf um die föderale Neuordnung eingeleitet. Die Region Telangana umfasst den Nordwesten von Andhra Pradesh und hat ca. 30 Millionen Einwohner. In der Kolonialzeit war sie der Kern des vom Nizam von Hyderabad regierten Fürstenstaats. Nach der Unabhängigkeit wollte der Nizam als muslimischer Herr-

scher Indien nicht beitreten, aber indische Truppen besetzten Hyderabad. Im Zuge der linguistischen Neugliederung der indischen Bundesstaaten in den Fünfzigerjahren wurden die Telugu-sprachigen Gebiete des Staates Hyderabad mit der ebenfalls Telugu-sprachigen Küstenregion Andhra zum Staat Andhra Pradesh vereinigt. In den letzten Jahren haben sich alle wichtigen politischen Parteien in Andhra Pradesh zur Schaffung eines separaten Staates Telangana bekannt, wenn die Bevölkerung es denn wolle. Aber dennoch passierte nichts. K. Chandrashekar Rao (KCR), der Parteichef der *Telangana Rashthra Samithi* (TRS), deren Hauptanliegen der neue Staat mit Hyderabad als Hauptstadt ist, begann darauf Anfang Dezember ein „Fasten bis zum Tod“. Als sich sein Zustand verschlechterte, versprach Indiens Innenminister Chidambaram schließlich, den Staat Telangana Wirklichkeit werden zu lassen. Damit gingen die Unruhen aber erst richtig los. In der Küstenregion sind viele gegen die Teilung und wollen auch die Hauptstadt und IT-Metropole Hyderabad nicht preisgeben. Befürworter und Gegner von Telangana starteten teilweise gewalttätige Straßen-Agitationen und Generalstreiks, Minister und Abgeordnete traten aus Protest reihenweise zurück. Die Zentralregierung bestand darauf, einen Konsens herbeizuführen, der aber trotz zahlreicher inzwischen eingesetzter Komitees bislang nicht absehbar ist. Daneben hat der Fall Telangana auch anderen Regionen Indiens Auftrieb gegeben, die seit Jahren einen eigenen Staat fordern, besonders der Gorkhaland-Agitation im Norden von Westbengalen, wo die Nepali-sprachige Bevölkerung einen eigenen Staat in der Gegend von Darjeeling anstrebt. Indien hat zurzeit 28 Unionsstaaten und sieben Union Territories – zwei der letzteren, Delhi und Puducherry (Pondicherry) haben ihren eigenen Landtag und Ministerpräsidenten und damit weitgehend den Status von Unionsstaaten. Zuletzt wurden 2000 die neuen Staaten Chattisgarh, Uttarakhand und Jharkhand geschaffen.

### Inder essen vorerst keine Gen-Auberginen

Die indische Regierung hat ein Moratorium für die Freigabe genmanipulierter Auberginen verhängt. Umweltminister Jairam Ramesh erklärte im Februar, man brauche noch Zeit, um einen Konsens über die Unbedenklichkeit von „*Bt Brinjal*“ herzustellen. Die unter Beteiligung des US-Agrarkonzerns *Monsanto* entwickelten Auberginen enthalten Gene des Bakteriums *Bacillus thuringiensis*, die so genannte *Bt*-Toxine produzieren

und damit die Pflanzen gegen Schädlinge resistent machen. In Indien sind genmanipulierte Pflanzen wie z.B. *Bt*-Baumwolle in der Landwirtschaft weit verbreitet, *Bt Brinjal* wäre aber die erste gentechnisch veränderte Pflanze, die zum direkten Verzehr freigegeben würde. Umweltschutzorganisationen wie *Greenpeace* begrüßten, dass es jetzt erst einmal nicht dazu kommt. Neben gesundheitlichen Bedenken machen die Kritiker auch geltend, dass die Bauern beim Anbau genmanipulierter Pflanzen in Abhängigkeit von Konzernen wie *Monsanto* geraten, bei denen sie jedes Jahr aufs neue Saatgut kaufen müssen, wofür sie sich oft verschulden.

### Kaschmir: Anhaltende Spannungen nach Todesfällen

Im indisch kontrollierten Kaschmir-Tal halten die Spannungen zwischen den Streitkräften und der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung an. Ein indischer Untersuchungsbericht kam Mitte Dezember zu dem Schluss, dass zwei junge Frauen im Distrikt Shopian Ende Mai nicht von Sicherheitskräften vergewaltigt und ermordet worden seien, wie behauptet worden war. Vielmehr seien sie ertrunken. Da es aber im Verlauf der Untersuchungen zahlreiche Ungereimtheiten gab, bezweifeln viele in Kaschmir, dass der Bericht des *Central Bureau of Investigation* (CBI) stimmt. Mittlerweile ist es zu neuen Unruhen gekommen, nachdem zwei Teenager Ende Januar bzw. Anfang Februar von Sicherheitskräften in Srinagar getötet worden waren. Der Fall des 17jährigen Zahid Farooq, der von Grenzschutztruppen erschossen wurde, führte zur Verhaftung eines Soldaten und Suspendierung von mehreren Soldaten vom Dienst. *Human Rights Watch* begrüßte die Verhaftung. Es sei äußerst selten, dass Soldaten zivilen Gerichten in Kaschmir überstellt würden.

### Jyoti Basu gestorben

Einer der einflussreichsten indischen Politiker der letzten Jahrzehnte, Kommunistenführer Jyoti Basu, ist am 17. Januar im Alter von 95 Jahren in Kalkutta gestorben. Basu war von 1977–2000 Ministerpräsident von Westbengalen, der am längsten amtierende Regierungschef im postkolonialen Indien. Er spielte auch auf nationaler Ebene eine wichtige Rolle und wurde mehrfach als möglicher Premierminister gehandelt. Seine *Communist Party of India – Marxist* (CPI–M) regiert Westbengalen bis heute in einer Linksfront-Koalition. Zu den wichtigsten Erfolgen von Basu und seiner Partei gehören Landreformen und eine Politik des Ausgleichs und der Toleranz beispielsweise zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften. Kritiker wer-

fen den Kommunisten, die nach europäischen Maßstäben eher eine Politik von Sozialdemokraten oder Sozialisten verfolgen, dagegen vor, sie hätten die ehemals Indienweit führende bengalische Industrie heruntergewirtschaftet und in ihrer langen Regierungszeit Filz und Patronagestrukturen entstehen lassen.

### Präsident Köhler auf Staatsbesuch

Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler war Anfang Februar für sechs Tage in Indien. Die Reise diente der Verbesserung der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschafts, Wissenschaft und Kultur, hieß es. Neben Delhi besuchte Köhler mit seiner Delegation unter anderem auch Pune und Mumbai, wo er demonstrativ im Taj-Hotel abstieg, das 2008 von Terroristen besetzt worden war.

### Bombenanschlag auf deutsche Bäckerei in Pune

Mindestens 12 Menschen starben nach einem Bombenanschlag auf die „German Bakery“ in Pune am 13. Februar. Unter den Toten waren auch mehrere Ausländer. Das Café liegt im Stadtteil Koregaon Park in der Nähe des Osho-Ashrams und des jüdisch-orthodoxen Chabad House und wird viel von Touristen und anderen Ausländern besucht. Ein Deutscher war bei der Gründung beteiligt, inzwischen wird es aber von einer indischen Familie geführt. So genannte deutsche Bäckereien gibt es in zahlreichen indischen Städten. Der Anschlag war der erste dieser Art in Indien, seitdem Terroristen sich Ende 2008 tagelang im Zentrum von Mumbai verschanzt hatten. Indische Medien berichteten, dass der unter Terrorverdacht verhaftete Pakistani-Amerikaner David Headley potenzielle Ziele in der Umgebung ausgespäht habe. Eine pakistanische Organisation mit Namen *Lashkar-e-Taiba al-Almi* bekannte sich zu der Tat. Aber zuvor hatte noch niemand von dieser Gruppe gehört, die sich als Abspaltung von *Lashkar-e-Taiba* (LeT) bezeichnet, der Gruppe, die vermutlich hinter den Anschlägen in Mumbai 2008 steckte. Indische Ermittler untersuchen auch, ob es eine Verwicklung militanter Islamisten aus Indien gibt, unter anderem der Indian Mujahedeer. Völlig auszuschließen ist auch nicht, dass Hindu-Terroristen damit zu tun haben, die im Zusammenhang mit mehreren Anschlägen besonders in Maharashtra der Urheber schuldig verdächtigt werden. Der Anschlag schürte neue Besorgnisse darüber, ob Indien die geplanten Sport-Großereignisse in diesem Jahr, besonders die *Commonwealth Games* in Delhi im Herbst, angemessen schützen kann. (Siehe auch Augenzeugenbericht von Julia Thienhaus in diesem Heft)